
BMW stellt eine Milliarde für eventuelle EU-Kartellstrafe zurück

Die BMW Group hat gestern erklärt, das Unternehmen werde eine Milliarde Euro für eine nach einem EU-Kartellverfahren eventuell zu erwartende Strafe zurückstellen. Aus den jetzt bekanntgewordenen Beschwerdepunkten der EU-Kommission leitet das Unternehmen nach den International Financial Reporting Standards die Verpflichtung ab, eine Rückstellung zu bilden. Gleichzeitig kündigt die BMW-Group an, mit allen rechtlichen Mitteln gegen die Vorwürfe der EU vorzugehen.

Die EU-Kommission hatte untersucht, ob deutsche Automobilhersteller in technischen Arbeitskreisen bei der Entwicklung und Einführung von Technologien zur Verringerung von Emissionen in wettbewerbsbeschränkender Weise zusammengearbeitet haben. Im Fokus steht die Arbeit von Technikern der Unternehmen in technischen Arbeitskreisen der Herstellerverbände. BMW hatte am Freitag Vorwürfe in einem ausführlichen Statement zurückgewiesen. Die ebenfalls von der Untersuchung betroffenen deutschen Hersteller Mercedes-Benz und Volkswagen sind von der Untersuchung ebenfalls betroffen, haben aber mit der EU-Kommission kooperiert, fallen deswegen unter eine Art Kronzeugenregelung und müssen deswegen nur mit geringeren Strafen rechnen, wenn sich die Vorwürfe der EU-Kommission bewahrheiten sollten.

Die BMW-Group erwartet nun für das Segment Automobile im laufenden Geschäftsjahr voraussichtlich 1,0 und 1,5 Prozentpunkte unter dem bisherigen Korridor von 6 bis 8 Prozent. Für das Konzernergebnis vor Steuern im laufenden Geschäftsjahr geht die BMW Group unverändert von einem deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr aus.
(ampnet/Sm)

Bilder zum Artikel

BMW Group

Foto: